



Globale Politik aktiv gestalten: Zehn Prioritäten für die künftige deutsche UN-Politik

Die Eröffnung der 68. UN-Generalversammlung im September 2013 fällt in diesem 40. Jahr der deutschen Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen mit den Wahlen zum Bundestag, den Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung zusammen. Dies bietet den geeigneten Rahmen, die deutsche UN-Politik im Lichte aktueller Herausforderungen entlang von zehn Prioritäten neu auszurichten. Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) legt diese Prioritäten allen Kandidatinnen und Kandidaten zum Deutschen Bundestag als Empfehlungen vor.

1. Die Vereinten Nationen stärken

Globale Herausforderungen erfordern Lösungen auf globaler Ebene. So wichtig Gremien wie die G-20 bei der Entscheidungsvorbereitung sind: Nur die Vereinten Nationen bieten den nötigen universellen Rahmen und die erforderliche Legitimität für gemeinsames globales Handeln. Die deutsche Politik muss deswegen mehr als bisher auf Problemlösungen im UN-Rahmen drängen. Wesentliche globalpolitische Politikinitiativen müssen dazu auf Kabinettsebene synchronisiert werden. Dazu gehört auch eine möglichst kohärente Personalpolitik für Ämter und Stellen in den Vereinten Nationen.

2. UN-Friedenssicherung politisch aufwerten

Die oft geäußerte Bereitschaft Deutschlands, mehr globale Verantwortung zu übernehmen, ist zu begrüßen. Mehr Verantwortung übernehmen heißt auch, dass Deutschland ein verlässlicherer Partner und Akteur der UN-Friedenssicherung wird. Die neue Bundesregierung sollte auf den guten Erfahrungen aufbauen, die mit der temporären Übernahme der Führungsrolle des maritimen Anteils der UNIFIL-Mission gemacht wurden. Deutschland sollte sich stärker an UN-Friedensoperationen beteiligen und Maßnahmen zur nachhaltigen Friedenssicherung unterstützen. Deutschland muss endlich einen angemessenen Beitrag zu den von den Vereinten Nationen benötigten Polizeikräften leisten.

3. Aktive Konfliktprävention in den Mittelpunkt stellen

Die DGVN begrüßt den von den Bundesregierungen in den vergangenen Jahren international vorgetragenen Vorrang von Konfliktprävention. In der Umsetzung dieser Politik sind nicht nur die deutschen Kapazitäten zur zivilen Konfliktbearbeitung zu stärken, sondern auch die entsprechenden Fähigkeiten der Vereinten Nationen. Die Arbeit der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung muss weiter durch Deutschland unterstützt werden.

Die Ratifikation des jüngst verabschiedeten Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) muss schnell abgeschlossen werden. Weltweit muss die deutsche Politik engagiert für ein zügiges Inkrafttreten des Waffenhandelsvertrags werben (mindestens 50 Staaten müssen beitreten und ratifizieren). Von Rüstungsexporten in Krisenregionen sollte abgesehen werden. Die Kontrollmöglichkeiten des Deutschen Bundestages sind in diesem Bereich substantiell auszuweiten.

4. Völkerrecht einhalten, Schutzverantwortung und Internationales Strafrecht stärken

Eine friedliche Weltordnung kann nur auf Grundlage des Völkerrechts entstehen. In jüngerer Zeit trägt auch der Sicherheitsrat durch seine Resolutionspraxis zur Weiterentwicklung des Völkerrechts bei. Im Rahmen des UN-Friedenssicherungssystems ist das Prinzip der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) eine wichtige Weiterentwicklung zur Verhinderung von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deutschland muss zur Ausgestaltung dieses Prinzips einen angemessenen Beitrag leisten.

Die Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) im Jahr 2002 war ein Meilenstein hin zur Ausformung eines Weltrechts. Der IStGH trägt zur Beendigung von Straflosigkeit, zur Verfolgung, aber auch Prävention schwerster Menschenrechtsverletzungen bei. Die fortgesetzte konsequente Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs (weiterer Ausbau, Finanzierung und Kooperation zur Erweiterung der Handlungsfähigkeit) ist daher eine unbedingte Pflicht deutscher Politik.

5. Vorreiter sein: Klimawandel ernstnehmen

Zu den wichtigsten globalpolitischen Aufgaben zählt die Bewältigung des Klimawandels. Deutschland und die EU haben sich in der Vergangenheit bei den Verhandlungen der UN-Klimarahmenkonvention immer wieder für ambitionierte Klimaziele eingesetzt. Dass aber weder die Schwellenländer noch die USA diese Ziele verfolgen, darf den Elan der deutschen Politik nicht bremsen. Angesichts gravierender Folgen der Klimaänderung sind entschlossene Maßnahmen zur CO₂-Begrenzung in Europa u.a. durch die notwendige Reform des Emissionshandels genauso unabdingbar wie die entschlossene Unterstützung des Durban-Prozesses und der Weltklimakonferenz 2015 in Paris, um dort ein verbindliches globales

Klimaabkommen zu erreichen. Wenn CO₂-Reduktionsziele unter anderem an den USA auf absehbare Zeit scheitern, muss etwa über verbindliche Vereinbarungen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern verhandelt werden. Als bedeutender CO₂-Emittent trägt Deutschland Verantwortung auch für die Einwohner jener Länder, die unter den Folgen des Klimawandels am meisten leiden, zu diesem aber wenig beigetragen haben.

6. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit stärken, 0,7%-Ziel nicht aufgeben

Die Entwicklungsarbeit der Vereinten Nationen ist eine wichtige Ergänzung der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Nur ein integrierter Ansatz verspricht langfristig Erfolg. Deswegen sollte sich deutsche Entwicklungsarbeit bewusst in Bezug zum UN-Rahmen setzen und das Potenzial für eine bessere internationale Arbeitsteilung und Geberabstimmung nutzen. Die Stärke der Entwicklungszusammenarbeit der UN ist ihre Neutralität und Akzeptanz. Die operative Tätigkeit kann besonders effektiv mit normativer Arbeit – etwa im Bereich Menschenrechte – verknüpft werden. Der finanzielle Beitrag Deutschlands an das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) rangiert seit Jahren höchstens an 10. Stelle und entspricht damit nicht dem, was Deutschland entsprechend seiner multilateralen Ausrichtung und Wirtschaftskraft zahlen sollte. Um die deutsche multilaterale Politik glaubhafter zu machen, muss der Beitrag an das UNDP substantiell aufgestockt, in den Kernhaushalt gezahlt und mindestens für zwei Jahre zugesagt werden. Es darf keine – wie in der Vergangenheit übliche – formale Voraufteilung zwischen bilateraler und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit geben. Nicht nur das UNDP, sondern die Mehrzahl der Aktivitäten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich der Vereinten Nationen finanzieren sich durch freiwillige Zahlungen der Mitgliedstaaten. Deutschland muss deswegen seine freiwilligen Beiträge auf das Niveau der Pflichtbeiträge anheben. Im Sinne einer stärkeren Ergebnisorientierung muss Deutschland durch eine kohärente Politik seinen konkreten Beitrag zur Überwindung der Fragmentierung des UN-Systems leisten, anstatt dies nur zu fordern. Insgesamt ist eine substantielle Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit notwendig. Die im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele gegebene Selbstverpflichtung, ab 2015 jährlich 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, ist einzuhalten.

7. Konsequenzen aus den wirtschaftlichen und sozialen Krisen ziehen

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat nicht nur die Volkswirtschaften der OECD-Staaten schwer getroffen, sondern auch die Not in den ärmsten Ländern verschärft. Sie hat die bereits bestehende Nahrungsmittelkrise zum Teil überdeckt. Deutschland ist

aufgefordert, sich im Rahmen der Vereinten Nationen für die Millenniums-Entwicklungsziele und deren Fortentwicklung zu nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) im Rahmen der Post-2015-Agenda einzusetzen. Dazu muss die Politik bezogen auf Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation (WTO) eine gerechte und nachhaltige globale Wirtschafts- und Finanzordnung zum Ziel haben. Weltbank, IWF und WTO müssen inklusiver, demokratischer und transparenter werden. Die deutsche Politik muss darauf hinwirken, dass der UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) so gestärkt wird, dass er seine koordinierende Aufgabe tatsächlich wahrnehmen kann, im Sinne eines von der Bundesregierung ins Gespräch gebrachten, dann aber nicht weiter verfolgten, Wirtschaftssicherheitsrats der Vereinten Nationen. Dies gilt umso mehr, als sich auch die G-20 nicht als ein effektives Instrument zur Regulierung der globalen Märkte erwiesen haben.

8. Bildung stärken und weltweit fördern

Bildung ist der Schlüssel jeglicher Entwicklung und muss im Mittelpunkt der Initiativen zur Neuformulierung globaler nachhaltiger Entwicklungsziele stehen (sog. Post-MDG- und SDG-Prozess). Nicht nur fehlen nach Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) Schulen für über 60 Millionen Kinder weltweit, auch die Qualität der Bildung ist oft mangelhaft. Deutschland, das seine Wirtschaftskraft wesentlich seinem Bildungs- und Ausbildungssystem verdankt, ist besonders geeignet und steht in der Verantwortung, Grund- und weiterführende Bildung zu fördern.

Die deutsche Politik im Bund und insbesondere auch in den Ländern darf die drastischen Mittelkürzungen der Kultur- und Bildungsorganisation der Vereinten Nationen (UNESCO) nicht weiter tolerieren, sondern muss ihren Einfluss geltend machen, damit die Programmarbeit wieder vollumfänglich durchgeführt werden kann.

Die DGVN schlägt der Kultusministerkonferenz einen bundesweiten Projekttag aus Anlass des 24. Oktober, dem Tag der Vereinten Nationen, vor. Die neue Bundesregierung sollte die Initiative unterstützen.

9. Neue Reformperspektiven schaffen

Die Vereinten Nationen müssen sich in ihrer Organisationsstruktur an die Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anpassen. Bereits vollzogene Reformschritte, vor allem die Einrichtung des Menschenrechtsrats, der Kommission für Friedenskonsolidierung sowie von „UN Women“, weisen in die richtige Richtung. Auch das Ziel, den Sicherheitsrat zu reformieren, darf trotz der massiven Widerstände nicht aufgegeben werden. Das 70jährige Jubiläum der Vereinten Nationen 2015 sollte als Anlass für erneute Bemühungen für umfassende Strukturreformen genutzt werden. Daneben sollten auch praktische Reformschritte, wie

etwa die Initiative in der Entwicklungsarbeit „Delivering as One“, aktiv unterstützt werden, um die Effektivität zu erhöhen und die administrative Belastung der Partnerländer zu reduzieren. Trotz lobender Worte ist die neue Frauenorganisation „UN Women“ von der deutschen Politik vernachlässigt worden. Im Jahr 2012 sind mit knapp einer Million Euro nur die Hälfte der zugesagten Mittel gezahlt worden.

10. Abkommen und Verträge ratifizieren und einhalten

Glaubwürdiger Multilateralismus zeigt sich auch durch eine möglichst umfassende Ratifizierung von in den Vereinten Nationen erarbeiteten Abkommen und ihre konsequente innerstaatliche Umsetzung. Konkret ist die deutsche Politik vor allem gefordert, dafür zu sorgen, dass:

- das Individualbeschwerde-Protokoll zum UN-Sozialpakt und
- die Antikorruptionskonvention ratifiziert sowie
- der Präventionsmechanismus zur Antifolterkonvention mit angemessenen Mitteln ausgestattet wird.